

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 3

Artikel: Im Gespräch mit Ida Nudel
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094178>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Gespräch mit Ida Nudel

Felix Hassler, Parlamentarier aus Liechtenstein, ist in der Kommission für die Beziehungen zu den europäischen Nichtmitgliedstaaten des Europarates Berichterstatter über die Lage der Juden in der Sowjetunion. Mit ihm zusammen hat Peter Sager Erhebungen in Israel durchgeführt. Im Rahmen eines mehrtägigen Aufenthaltes trafen sie sich auch mit Ida Nudel. Hier der Bericht von Peter Sager.

Ida Nudel wurde weltbekannt durch ihren – man darf ruhig sagen: heroischen – Einsatz für das Recht der Juden in der Sowjetunion auf Ausreise nach Israel.

Am 1. Juni 1978 hat Ida Nudel – nach sieben Jahren der Belästigungen und Bedrängungen wegen ihres Ausreisegesuches – aus dem Fenster ihrer Moskauer Wohnung ein Plakat ausgehängt mit dem Text: «KGB – gebt mir ein Visum für Israel.»

Dafür wurde sie vor Gericht gebracht und wegen «böswilligen Rowdytums» zu vier Jahren Deportation verurteilt. In ihrer letzten Aussage bei dieser Gerichtsverhandlung erklärte Ida Nudel: «In den letzten sieben Jahren habe ich

gelernt, mich stolz und mit hoch erhobenem Kopf zu bewegen als Mensch und als jüdische Frau . . . Diese sieben Jahre waren voll mit täglichem Kampf für mich und für andere . . . Keiner meiner Richter ist fähig, eine Strafe zu finden, die mich des Sieges und des Triumphs dieser sieben Jahre beraubt.»

Nach Stalins Tod hatte Frau Nudel sich für Israel zu interessieren begonnen, und nach dem Sechstagekrieg von 1967, der die Juden in der Sowjetunion tief berührte, fasste sie den Entschluss zur Rückkehr nach Israel. Den entsprechenden Antrag stellten sie und ihre Schwester Ilana Fridman 1971. Danach wurde sie mehrmals verhaftet und erlitt Torturen. Sie wurde

geschlagen, in eine Strafzelle eingeschlossen, musste hungern und wurde unzulänglich gepflegt.

Als Exil wurde ihr 1978 ein Aufenthalt sechs Kilometer ausserhalb Kriwotscheino im Gebiet von Tomsk zugewiesen. Als einzige Gefangene unter 60 männlichen Häftlingen schlief sie mit einem Messer unter dem Kissen. Als Folge von Protesten aus dem Westen und dank der Hilfe von Freunden in Moskau wurde ihr 1979 eine Hütte in Kriwotscheino zugewiesen. Dort hatte sie auch Unfreundlichkeiten der Einwohner zu ertragen. Die regionale Zeitung setzte Gerüchte gegen sie in Umlauf.

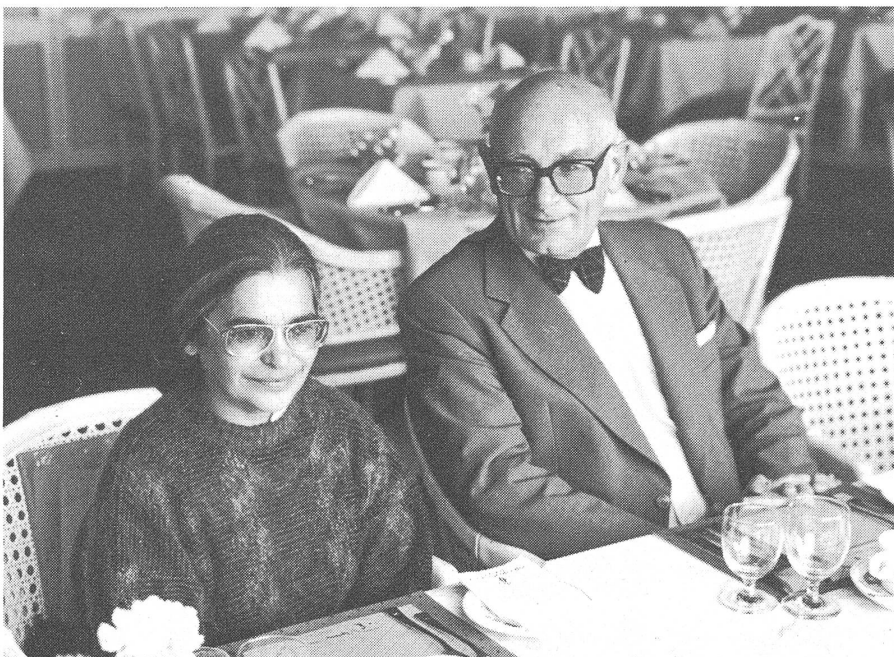
Ihr Gesundheitszustand verschlechterte sich. Magengeschwüre, Nierenschäden und Herzleiden stellten sich ein. Kurze Zeit wurde sie in Tomsk hospitalisiert, aber sie durfte nicht zu umfangreicheren Untersuchungen nach Moskau fahren und wurde auch aus dem Spital verwiesen.

Doch die Welt hatte Ida Nudel nicht vergessen. Hunderte von Appellen wurden an die sowjetischen Behörden und an westliche Regierungen gerichtet. Das britische Parlament verlieh im Juli 1981 Ida Nudel und Victor Bralowsky eine Auszeichnung, das amerikanische Repräsentantenhaus gratulierte ihr zu ihrem 50. Geburtstag am 27. April 1981 mit einer Resolution, «um die sowjetische Regierung wissen zu lassen, dass wir Ida Nudel nicht vergessen haben.»

Sie wurde am 20. März 1982 aus dem Exil entlassen und kehrte nach Moskau zurück, wo sie sich erneut um ihr Visum bemühte. Das Innenministerium teilte ihr mit, dass sie keine Ausreiseerlaubnis erhalten werde, damit sich nicht weitere Juden zur Rückkehr nach Israel entschliessen würden.

Trotz grosser Bemühungen fand sie in Moskau keine Wohnung und erhielt auch keine Aufenthaltserlaubnis. Deshalb wurde ihr ein Aufenthalt in Bendery, in der Moldauischen Sowjetrepublik, zugewiesen. Dort verlangten die Behörden, dass sie keine Verbindungen zu Refuseniks unterhalte, Juden, denen die Ausreise nach Israel verweigert worden war. Sie beharrte auf ihrem Recht, ihre Freunde selber auswählen und den Umgang mit ihnen bestimmen zu können. Im Juni 1984 wurde ihr erneut die Ausreiseerlaubnis verweigert. Aber am 16. Oktober 1987 durfte sie endlich ausreisen.

So kam es, dass wir sie in Tel Aviv treffen konnten. Eine kleine, schlanke Frau mit warmen, braunen Augen und graumeliertem Haar stellte sich als Ida Nudel vor. Kein Mensch hätte in dieser zierlichen Person auf Anhieb jene eindruckliche Kraft und solchen Willen



Ida Nudel im Gespräch mit Peter Sager am 15. 1. 1988 in Tel Aviv.



Ida Nudel kurz vor ihrer Ausreise am 16. Oktober 1987.

vermutet, die Ida Nudel während so langer Zeit bekundet hat.

Im Gespräch aber wurde ihre Dynamik, ihre Intelligenz spürbar, wurde auch verständlich, dass sie von einem Zion-Gefangenen (Juden, die wegen ihrer Ausreiseabsicht eingekerkert wurden) als Schutzengel bezeichnet worden ist.

Von Beruf Nationalökonomin, war Ida Nudel auf dem Planungsamt tätig. Eine der letzten Arbeiten bestand darin, den Standort für eine Fabrik für agro-biologische Produkte zu bestimmen. Diese Arbeit war mit keinen Geheimnissen irgendwelcher Art verbunden. Trotzdem wurde ihr die Ausreiseerlaubnis während 16 Jahren als «Geheimnisträgerin» verweigert, weil sie «Geheimnisse» gehört haben könnte.

Ida Nudel ist der festen Überzeugung, sie verdanke ihr Visum einzig dem Umstand, dass man im Westen an ihrem Schicksal so grossen Anteil genommen hat, dass die Protestbewegung nicht erlahmte, dass namentlich die USA sich um das Los der Juden in der UdSSR interessiert haben. Aber auch die seit 1969 im Euro-parat periodisch erstatteten Berichte über die Lage der Juden in der Sowjetunion seien in Moskau bekannt gewesen.

Frau Nudel will sich nun im Westen für die Juden in der Sowjetunion einsetzen, für die weniger bekannten, die grösseren Schwierigkeiten bei der Ausreise begegnen. Derweil 1986 nur knapp über 900 Juden aus der UdSSR ausreisen konnten, sind es 1987 doch schon 8155 gewesen, und alle bekannten Zion-Gefangenen wurden freigelassen.

Mit Ida Nudel führen viele der in Israel neu angekommenen Juden aus der Sowjetunion die ihnen gewährten Erleichterungen darauf zurück, dass die Sowjetregierung unter Gorbatschow um eine Besserung ihres Rufes im Westen bemüht ist.

Eine merkwürdige Folge der Glasnost betrifft allerdings die Juden in der Sowjetunion auf eine negative Art. Die von oben proklamierte grössere Freiheit der Meinungsäusserung hat spontan zur Bildung zahlreicher Klubs und Diskussionszirkel geführt, die amtlicherseits nicht behindert werden. Die stärkste dieser Gruppen ist Pamjat, die auf slavophiles Gedankentum zurückgreift, nationalistische Züge aufweist und neu von der Basis aus einen Antisemitismus bekundet.

Peter Sager

Peter Sager

Augenschein in Moskau

Mit einer westlichen Menschenrechtsdelegation war der Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts, Dr. Peter Sager, einige Tage in Moskau, wo er sowohl mit Vertretern sowjetischer Institutionen (wie etwa mit dem Justizminister) als auch mit Dissidenten aufschlussreiche Gespräche führen konnte. Hier der erste Teil seines Berichtes.

Es kam im Jahre 1943, dass ich, als Gymnasiast unter dem Eindruck der Gefahren und Verheerungen des Zweiten Weltkrieges stehend, mich auch um den Kommunismus zu interessieren begann. Die Rote Armee stiess nach Mitteleuropa vor und berief sich zur Erklärung ihrer Erfolge auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus-Stalinismus. Was das sei, konnte mir niemand eingehend erklären. Wiederholte man den Fehler von einem Jahrzehnt zuvor, als man Hitlers «Mein Kampf» nicht gelesen hatte? So machte ich mich nebenbei und als Hobby an die Lektüre.

Der Prager Staatsstreich vom Februar 1948 bewog mich, fortan der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und der Bekämpfung des Totalitarismus meine volle Aufmerksamkeit zu widmen. Im April jenes Jahres gab ich die erste Nummer des «Freien Korrespondenz-Dienstes» heraus.

Nun, 40 Jahre später, hatte ich die Gelegenheit, meine erste Reise nach Moskau zu absolvieren, und das im Rahmen einer Delegation der Internationalen Helsinki-Vereinigung, des Dachverbandes jener nationalen Organisationen, die die Einhaltung der KSZE-Schlussakte von Helsinki (unterzeichnet am 1. 8. 75) überwachen.

Unsere Delegation

Die erste solche Organisation entstand spontan in der Sowjetunion, und ihre Gründer hatten von Anfang an wegen ihres Einsatzes zu leiden; einige sind noch heute in Gefangenschaft. Jetzt wurde eine Delegation mit Vertretern von Helsinki-Komitees aus 9 Ländern zu Gesprächen über die Lage der Menschenrechte in die Sowjetunion eingeladen. Eine hochrangige Delegation war dies, der vier ehemalige Minister (so aus der Schweiz alt-Bundesrat Friedrich), ein amtierender Parlamentspräsident, ein Nobelpreisträger und verschiedene Spezialisten (aus der Schweiz Pfarrer E. Voss, Direktor des Instituts Glaube 2. Welt) angehörten. Das allein ist bereits das Zeichen einer geistigen Wende, denn eine derartige Delegation mit solchem Auftrag hat es bis anhin noch nie gegeben.

Der Auftrag war inoffizieller, aber doch bedeutungsvoller Art. An der Wiener Nachfolgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) hat die Sowjetunion vergangenes Jahr vorgeschlagen, eine Sonderkonfe-

renz über Fragen der Menschenrechte in Moskau durchzuführen.

Dieser Vorschlag war ebenso unerwartet wie dessen Annahme keineswegs selbstverständlich sein wird. Einige westliche Regierungen werden ihre Zustimmungen vom Ergebnis dieser Delegationreise abhängig machen; daher deren Bedeutung.

Die Gespräche über die Menschenrechte, deren Gewährung oder Vorenthaltung, wurden mit verschiedenen sowjetischen Behörden geführt, Ministern, Akademiemitgliedern, Vorsitzenden von Organisationen. Sie standen unter dem Stern von Glasnost (Transparenz) und Perestrojka (Umstrukturierung). Ein kurzer Rückblick darauf ist kaum überflüssig.

Die Vorzeichen der Perestrojka

Seit über einem halben Jahrzehnt habe ich unterstrichen, dass die sehr tiefe und grösstenteils systembedingte Wirtschaftskrise Osteuropas die Sowjetführung zu Konzessionen zwingen werde. Als Breschnew und Andropow sich noch Drohgesten leisteten und die weitere Teilnahme an Abrüstungsgesprächen verweigerten, mochte die Voraussage erratisch wirken, dass die Sowjetunion ein Abrüstungsabkommen sogar zum Preis der Zulassung wirksamer Kontrolle im Lande selbst erkaufen werden müsse.

Nicht voraussehbar war damals jedoch, dass mit Michail Gorbatschow ein Mann an die Macht gelangen könnte, der Reformen auf breitem Spektrum einleiten würde. Inzwischen ist das geschehen, und gar auf eindrückliche Weise: Die Partei wurde kritisiert, der Einfluss der Armee zurückgestuft, die kulturelle Betätigung erheblich erleichtert. Für die Wirtschaft wird in Milderung der bisherigen zentralen Planung und Lenkung ein gewisser Pluralismus angestrebt. 1987 durften mehr ausreisewillige Juden und Deutsche mit nahen Verwandten im Ausland ausreisen als in den vorangehenden fünf Jahren zusammen. Das sind bemerkenswerte Anzeichen eines Wandels, und sie sind in kurzer Zeit sichtbar geworden.

Längerfristig entscheidend sind indes die Änderungen der Institutionen, und die werden mit Justizreformen eingeleitet. Einige neue Gesetze sind bereits beschlossen worden; so wurde auf 1. 1. 1988 die Möglichkeit einer Berufung gegen Beschlüsse eingeführt, welche einen Bürger widerrechtlich benachteiligen. Das ist vielleicht bloss ein weiteres Zeichen, doch sicher kein nebensächliches.

Im Institut für Staat und Recht

Nun aber haben wir am Institut für Staat und Recht, das der Akademie der Wissenschaften der UdSSR untersteht, dessen Leiter, Akade-

Fortsetzung auf Seite 16